

Umfrage zum Thema „Erneuerbare Energien“ 2009 – Einzelauswertung Bundesländer

Datenbasis:	4.867 Personen ab 14 Jahre, bevölkerungsrepräsentativ bundesweit, mit Aufstockungsinterviews in allen 16 Bundes- ländern
Erhebungszeitraum:	November 2009 bis Januar 2010
Auftraggeber:	Agentur für Erneuerbare Energien, Berlin

Zum wiederholten Mal hat forsa im Auftrag der Agentur für Erneuerbare Energien, Berlin, die Meinungen der Bürger zu erneuerbaren Energien ermittelt. Dazu wurden einige der Fragen aus dem Jahr 2008 erneut erhoben, um mögliche Veränderungen in den Einstellungen der Bevölkerung im Vergleich zum Vorjahr feststellen zu können.

Die Erhebung fand im Rahmen von omniTel®, der bevölkerungsrepräsentativen telefonischen Mehrthemenumfrage (CATI) von forsa, statt. Die Auswahl der Zielpersonen erfolgte anhand einer mehrstufigen systematischen Zufallsauswahl.

Für die Auswertung der bundesweiten Gesamtergebnisse wurden die Daten entsprechend der realen Anteile der Bundesländer proportionalisiert – für diesen Teil der Untersuchung wurde bereits ein separater Ergebnisbericht angefertigt.

Für den vorliegenden Bericht wurde die bundesweit repräsentative Stichprobe zusätzlich auf ca. 300 Personen pro Bundesland „aufgestockt“, um alle 16 deutschen Bundesländern separat auswerten zu können.

1. Wichtigkeit von Nutzung und Ausbau erneuerbarer Energien

Zu Beginn wurde auch bei der diesjährigen Studie nach dem Stellenwert des Themas „Erneuerbare Energien“ vor dem Hintergrund des Klimawandels und der Verknappung fossiler Ressourcen gefragt.

Bundesweit geben 78 Prozent an, es sei sehr wichtig oder sogar außerordentlich wichtig, die erneuerbaren Energien stärker zu nutzen und auszubauen. Im Vorjahr waren es mit 81 Prozent praktisch genau so viele.

Bei der Betrachtung der einzelnen Bundesländer zeigt sich, dass Befragte im Westen Deutschlands die Wichtigkeit der Erneuerbaren Energien etwas häufiger mit außerordentlich oder sehr wichtig bezeichnen als die Bewohner ostdeutscher Bundesländer – etwas unterdurchschnittliche Wichtigkeiten gelten vor allem für Thüringen und Sachsen Anhalt (jeweils 73 Prozent), Sachsen (72 Prozent) sowie Brandenburg (70 Prozent).

Für überdurchschnittlich wichtig wird dagegen der Ausbau und die Nutzung erneuerbarer Energien in den Stadtstaaten Hamburg, Bremen und Berlin gehalten.

Betrachtet man nur den Anteil an Befragten, die über die Wichtigkeit der erneuerbaren Energien mit „außerordentlich wichtig“ urteilen, zeigt sich zudem ein leichter Unterschied zwischen einigen nord- und süddeutschen Bundesländern: beispielsweise wird der Ausbau und die verstärkte Nutzung der erneuerbaren Energien von den Bürgern in Schleswig-Holstein häufiger als „außerordentlich wichtig“ eingeschätzt als in Baden-Württemberg und Bayern.

▪ **Wichtigkeit von Nutzung und Ausbau erneuerbarer Energien**

Der Ausbau und die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien ist ... *)

	außer- ordentlich wichtig %	außer- ordentlich/ sehr wichtig %	wichtig %	weniger wichtig %	überhaupt nicht wichtig %
insgesamt	40	78	17	2	1
Hamburg	51	79	17	2	-
Rheinland Pfalz	48	82	12	4	1
Bremen	47	83	13	2	-
Schl. Holstein	46	78	18	3	-
Niedersachsen	46	79	17	2	1
Berlin	45	82	13	4	-
Saarland	42	79	17	1	2
Hessen	41	79	19	-	1
Brandenburg	40	70	23	3	1
NRW	39	79	15	3	2
Baden Württemberg	39	81	16	1	1
Bayern	37	78	17	2	1
Meckl. Vorpommern	37	76	18	2	2
Sachsen Anhalt	34	73	22	2	2
Thüringen	33	73	22	3	-
Sachsen	30	72	24	3	1

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

2. Energieträger-Präferenz

Der Umweltschutzgedanke hat bei den Bundesbürgern seit den 70er Jahren generell einen hohen Stellenwert. Daher ist die Zustimmung und Akzeptanz von Maßnahmen, die dem Umwelt- oder Klimaschutz dienen, bei den Bürgern seit dieser Zeit grundsätzlich sehr hoch.

Es ist daher nicht verwunderlich, dass die erneuerbaren Energien für viele Bürger die bevorzugten Energiearten sind. In der diesjährigen Studie geben bundesweit 78 Prozent der Befragten an, ihren Strom bevorzugt aus dieser Energiequelle beziehen zu wollen (2008: 75 Prozent).

Auch bei der Betrachtung der einzelnen Bundesländer liegt die Präferenz für erneuerbare Energien jeweils deutlich vor den drei abgefragten Alternativen Erdgas, Atomkraft und Kohle. Am deutlichsten würden die Erneuerbaren in Berlin (86 Prozent), Bremen und Hamburg (jeweils 81 Prozent), Bayern, Hessen und Schleswig-Holstein (jeweils 80 Prozent) präferiert. Etwas unterdurchschnittlich ist die Präferenz dagegen im Osten, aber auch beispielsweise im Saarland (hier würden neun Prozent der Befragten ihren Strom am liebsten aus dem Energieträger Kohle beziehen). In Baden-Württemberg zeigt sich die im Vergleich zu den anderen Bundesländern höchste Präferenz für Atomenergie (neun Prozent) – auch hier liegen aber die erneuerbaren Energien mit 79 Prozent deutlich vorn.

Bei der Interpretation dieser Ergebnisse sind jedoch weiterhin die Widersprüche zu beachten, die sich aus der verbal geäußerten Präferenz für Strom aus erneuerbaren Energiequellen und dem tatsächlich Anteil an Öko-Strom-Beziehern ergeben: während gut drei Viertel der Befragten Strom aus erneuerbaren Energien bevorzugen würden, beziehen erst ca. fünf Prozent aller bundesdeutschen Haushalte ihren Strom tatsächlich von einem Ökostrom-anbieter. Tendenziell höhere Preise von Ökostrom und teilweise bestehende Unklarheiten über Zertifizierung und Qualitätskriterien bei Ökostromprodukten wirken nach wie vor als Barriere zwischen Absicht bzw. Präferenz und Verhalten.

▪ Präferenz für Energieträger des eigenen Stroms

Den Strom des eigenen Anbieters hätten am liebsten
aus dem Energieträger ... *)

	Erneuerbare Energien %	Erdgas %	Atom- kraft %	Kohle %
insgesamt	78	9	6	3
Berlin	86	5	4	1
Bremen	81	11	3	1
Hamburg	81	10	5	1
Bayern	80	9	4	3
Hessen	80	9	7	1
Schl. Holstein	80	10	6	1
Baden Württemberg	79	8	9	1
Niedersachsen	79	9	7	2
Rheinland Pfalz	79	9	6	2
Thüringen	79	6	8	1
Sachsen	76	11	8	3
Brandenburg	74	7	8	5
Sachsen Anhalt	74	12	7	3
NRW	73	11	7	4
Saarland	72	10	3	9
Meckl. Vorpommern	66	17	7	3

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

3. Akzeptanz von Energieerzeugungsanlagen in der Nachbarschaft

In ihrer eigenen Nachbarschaft werden Anlagen, die Energie mit Hilfe von regenerativer Energien erzeugen, von den Bürgern am ehesten akzeptiert – konsistent zur hohen Akzeptanz der erneuerbarer Energien generell.

Dabei haben sich die gemessenen Präferenzwerte gegenüber dem Vorjahr kaum verändert.

Herkömmliche Gas-, Kohle und Atomkraftwerke finden eine deutlich geringe Akzeptanz.

Auch beim einem Vergleich der Werte über die verschiedenen Bundesländer zeigen sich nur verhältnismäßig geringfügige Unterschiede – die Akzeptanz gegenüber Anlagen zur Stromgewinnung aus erneuerbaren Energien in der Nachbarschaft schwankt beispielsweise zwischen 65 Prozent in Brandenburg (fände ich „sehr gut“ bzw. „gut“) und 76 Prozent in Baden-Württemberg.

▪ Anlagen zur Energie-Erzeugung in der Nachbarschaft

Zur Energie-Erzeugung in der Nachbarschaft fänden sehr gut bzw. gut ... *)

	Solar- park	Anlagen für erneu. Energien allgemein	Wind- energie- anlage	Bio- masse- anlage	Gas- kraft- werk	Kohle- kraft- werk	Atom- kraft- werk
	%	%	%	%	%	%	%
insgesamt	74	71	56	40	15	6	5
Saarland	81	68	52	37	13	14	4
Baden Württemberg	80	76	62	43	12	4	7
Sachsen Anhalt	79	71	48	35	16	8	6
Schl. Holstein	77	70	59	38	16	5	7
Rheinland Pfalz	77	72	60	39	12	4	3
Meckl. Vorpommern	77	66	53	40	19	5	4
Sachsen	76	66	48	36	16	9	5
Thüringen	76	70	50	43	17	2	5
Bremen	76	66	61	33	14	5	4
Berlin	75	67	51	39	15	4	3
Brandenburg	75	65	44	39	18	7	4
Hamburg	74	68	53	37	14	5	4
Niedersachsen	74	70	58	39	21	4	6
Bayern	73	75	59	42	14	4	4
Hessen	71	72	52	42	11	5	4
NRW	71	67	54	40	15	11	4

*) Abfrage auf einer fünfstufigen Skala; 1= sehr gut bis 5 = überhaupt nicht gut

4. Eigene Erfahrungen mit Anlagen zur Erzeugung „Erneuerbarer Energien“

Keine konkreten Erfahrungen mit einer Anlage zur Erzeugung erneuerbarer Energien in der unmittelbaren Nachbarschaft haben zwei Drittel (66 Prozent) aller Bürger (2008: 67 Prozent).

Falls sich eine solche Anlage in der Nähe befindet, handelt es sich in den meisten Fällen um Windenergieanlagen (20 Prozent), um Solarparks (zwölf Prozent) oder um Biomasseanlagen (zehn Prozent) – hier gibt aber erwartungsgemäß einige deutliche Unterschiede zwischen den Bundesländern.

In Bayern geben beispielsweise mit 25 Prozent die im Verhältnis am meisten Befragten an, es befände sich in ihrer Nähe ein Solarpark.

In Sachsen-Anhalt (39 Prozent), Niedersachsen (38 Prozent) und in Mecklenburg-Vorpommern (35 Prozent) machen die Menschen überdurchschnittlich oft Erfahrungen mit Windenergieanlagen – äußerst selten sind entsprechende Erfahrungen wie zu erwarten in Berlin und Hamburg (vier bzw. neun Prozent), aber auch in Bayern wird verhältnismäßig selten über Windenergieanlagen in der Nachbarschaft berichtet (elf Prozent).

Eigene Erfahrungen mit Kohlekraftwerken sind im Saarland (20 Prozent) am stärksten verbreitet, solche mit Atomkraftwerken in Schleswig-Holstein (10 Prozent).

▪ Eigene Erfahrungen mit Anlagen zur Energie Erzeugung

In der Nachbarschaft ist bereits eine solche Anlage zur Energie-
Erzeugung vorhanden ... *)

	Wind- energie- anlage	Solar- park	Bio- masse- anlage	Kohle- kraft- werk	Atom- kraft- werk	Gas- kraft- werk	keine Erfahrung mit erneu. Anlagen
	%	%	%	%	%	%	%
insgesamt	20	12	10	7	4	4	66
Sachsen Anhalt	39	13	13	7	-	6	53
Niedersachsen	38	8	21	6	4	7	49
Meckl. Vorpommern	35	9	17	8	2	4	53
Rheinland Pfalz	33	17	7	2	9	3	55
Brandenburg	30	10	12	6	-	6	63
Sachsen	27	11	8	8	-	4	65
Schl. Holstein	25	7	13	6	10	2	66
Thüringen	25	10	8	1	1	3	61
Bremen	22	4	3	11	4	5	75
Baden Württemberg	16	12	16	9	8	2	67
Saarland	16	10	4	20	6	2	75
NRW	15	8	5	9	2	3	76
Hessen	14	14	6	4	5	3	72
Bayern	11	25	14	1	4	2	60
Hamburg	9	4	3	6	9	4	85
Berlin	4	3	-	12	-	7	94

*) Mehrfachnennungen möglich, außer bei „keine Erfahrung“; sonstige Kraftwerke nicht separat ausgewiesen

5. Die mittel- und langfristige Rolle erneuerbarer Energien

Auch in Bezug auf die Frage nach der mittel- bis langfristigen Rolle der erneuerbaren Energien sind die Ergebnisse gegenüber der Vorjahresuntersuchung konstant geblieben: vor dem Hintergrund der anhaltenden öffentlichen Diskussion über die Bedeutung des Umwelt- und Klimaschutzes halten es insgesamt die Hälfte aller Bundesbürger (51 Prozent) für absolut wünschenswert, dass der Strom in Deutschland mittel- und langfristig aus erneuerbaren Energien erzeugt wird – für eher wünschenswert hält dies ein weiteres knappes Viertel.

Am ausgeprägtesten ist der Wunsch nach einer vollständigen Stromversorgung durch erneuerbare Energien in Hamburg und Berlin (59 bzw. 57 Prozent „auf jeden Fall“), aber auch die Befragten in Niedersachsen und Baden-Württemberg (jeweils 55 Prozent) sowie Hessen (54 Prozent) wünschen sich dies überdurchschnittlich häufig. In den ostdeutschen Ländern zeigt sich dagegen erneut, dass die Affinität gegenüber den erneuerbaren Energien leicht unterdurchschnittlich stark ausgeprägt ist.

Die technische Realisierbarkeit einer vollständigen Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien hält aber nach wie vor nur eine Minderheit (26 Prozent) für uneingeschränkt möglich.

Auch bei diesem Aspekt zeigt sich eine Differenzierung insbesondere zwischen West- und Ostdeutschland: in den meisten westlichen Bundesländern ist man bezüglich einer vollständigen Versorgung aus erneuerbaren Energien tendenziell optimistischer als im Osten.

▪ Wunsch nach vollständiger Versorgung durch erneuerbare Energien

Es halten für wünschenswert, mittel- bis langfristig den Strom in Deutschland vollständig durch erneuerbare Energien zu erzeugen... *)

	auf jeden Fall	auf jeden Fall/ eher ja	teils teils	eher nein	auf keinen Fall
	%	%	%	%	%
insgesamt	51	75	17	4	2
Hamburg	59	81	11	4	3
Berlin	57	80	14	3	2
Niedersachsen	55	77	13	6	2
Baden Württemberg	55	76	18	1	3
Hessen	54	81	14	2	1
Bremen	51	81	14	2	2
NRW	50	71	20	6	2
Bayern	50	75	16	4	3
Schl. Holstein	49	77	13	5	3
Rheinland Pfalz	49	76	19	3	1
Saarland	48	76	14	5	3
Brandenburg	47	74	17	4	2
Sachsen Anhalt	44	70	20	4	3
Thüringen	43	70	20	5	1
Sachsen	42	67	20	6	4
Meckl. Vorpommern	40	68	21	5	3

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

▪ Technische Machbarkeit vollständiger Versorgung durch erneuerbare Energien

Es halten für technisch möglich, den Strom in Deutschland mittel- bis langfristig vollständig durch erneuerbare Energien zu erzeugen... *)

	auf jeden Fall	auf jeden Fall/ eher ja	teils teils	eher nein	auf keinen Fall
	%	%	%	%	%
insgesamt	26	48	21	18	8
Hamburg	30	54	15	18	6
NRW	28	47	24	18	8
Bremen	27	49	21	17	8
Baden Württemberg	27	51	19	17	7
Hessen	26	48	25	17	6
Rheinland Pfalz	26	53	21	17	4
Bayern	26	46	21	22	7
Brandenburg	26	53	21	15	6
Meckl. Vorpommern	26	49	26	14	6
Schl. Holstein	25	48	19	17	11
Niedersachsen	25	44	20	19	11
Thüringen	25	45	21	22	5
Saarland	24	49	21	19	8
Berlin	22	53	20	11	10
Sachsen Anhalt	22	54	18	15	7
Sachsen	20	41	21	21	11

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

6. Präferenzen hinsichtlich des Ausbaus und der Förderung der erneuerbaren Energie

Die große Akzeptanz der erneuerbaren Energien zeigt sich auch bei der Entscheidung zwischen zwei Alternativen zum Vorgehen beim weiteren Ausbau dieser Energieart: knapp acht von zehn bundesweit Befragten (77 Prozent) sind der Meinung, es solle schon jetzt stark in den Ausbau der erneuerbaren Energien investiert werden und die Nutzung herkömmlicher Energieträger wie Kohle, Gas und Atomkraft solle verringert werden. Weniger als ein Fünftel (19 Prozent) stimmt hingegen der Aussage zu, man solle die weitere technische Entwicklung der erneuerbaren Energiearten erst noch abwarten und in der Zwischenzeit weiter in die herkömmlichen Energieträger investieren.

Eine prozentual überdurchschnittlicher Anteil, der sich zunächst für weitere Investitionen in Kohle, Gas und Atomkraft ausspricht, zeigt sich in Sachsen und Sachsen-Anhalt (jeweils 27 Prozent) – eine klare Mehrheit ist aber auch in diesen beiden Ländern für den Ausbau der erneuerbaren Energien (71 bzw. 70 Prozent).

Ein eindeutiges Ergebnis zeigt sich auch bei der Frage nach der zukünftigen öffentlichen Förderung der erneuerbaren Energien: bundesweit sprechen sich drei Viertel der Befragten für eine Aufrechterhaltung der Förderung der erneuerbaren Energien auf dem bisherigen Niveau aus, da sich sonst der Ausbau möglicherweise verlangsamen und die Vorteile für den Klimaschutz nicht voll genutzt werden könnten. Investitionskürzungen halten dagegen nur 21 Prozent der Befragten für angeraten, auch wenn dadurch die Kosten für die Endverbraucher sinken könnten.

Erneut ist es die Bevölkerung in den ostdeutschen Bundesländern, die sich im Vergleich etwas skeptischer gegenüber den erneuerbaren Energien zeigt.

▪ Präferenzen hinsichtlich der zukünftigen Nutzung erneuerbarer Energien

Welche der beiden Vorgehensweisen würden Sie eher befürworten... *)

Man sollte die weitere technische Entwicklung der erneuerbaren Energien noch abwarten und in der Zwischenzeit weiter in herkömmliche Energieträger wie Kohle, Gas und Atomkraft investieren.

Man sollte jetzt schon stark in den Ausbau der erneuerbaren Energien investieren und die Nutzung herkömmlicher Energieträger wie Kohle, Gas und Atomkraft immer stärker verringern.

	%	%
insgesamt	19	77
Sachsen	27	71
Sachsen Anhalt	27	70
NRW	21	74
Baden Württemberg	20	78
Brandenburg	20	76
Niedersachsen	19	76
Saarland	19	79
Rheinland Pfalz	18	78
Schl. Holstein	16	82
Hamburg	16	82
Hessen	16	81
Bayern	16	80
Meckl. Vorpommern	16	80
Thüringen	15	81
Berlin	14	82
Bremen	14	85

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

▪ Präferenzen hinsichtlich der zukünftigen Förderung erneuerbarer Energien

Welcher der beiden folgenden Meinungen stimmen Sie persönlich eher zu... *)

Weil die Kosten für die Endverbraucher sinken sollten und inzwischen auch bei geringerer Förderung ausreichend investiert wird, sollte die Förderung der erneuerbaren Energien zurückgefahren werden.

Weil sich der Ausbau sonst verlangsamt und die Vorteile wie der bessere Klimaschutz nicht voll genutzt werden, sollte die Förderung der erneuerbaren Energien auf gleichem Niveau beibehalten werden.

	%	%
insgesamt	21	74
Meckl. Vorpommern	25	70
Sachsen Anhalt	26	70
Saarland	24	73
Sachsen	24	70
NRW	23	72
Hessen	23	74
Brandenburg	23	71
Niedersachsen	21	74
Bayern	21	76
Baden Württemberg	20	75
Bremen	20	74
Thüringen	19	76
Schl. Holstein	18	77
Rheinland Pfalz	18	75
Hamburg	17	78
Berlin	14	82

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

7. Zufriedenheit mit dem landes- und kommunalpolitischen Engagement für erneuerbare Energien

Bei der Zufriedenheit mit dem Engagement der Landes- und Kommunalpolitiker hinsichtlich der erneuerbaren Energien zeigt sich ein eher uneinheitliches Bild: 19 Prozent aller Befragten sind sehr zufrieden oder zufrieden, 26 Prozent sind weniger zufrieden oder sogar sehr unzufrieden. 41 Prozent antworten mit teils-teils. Dies zeigt, dass viele Bürger die Arbeit der Landes- und Kommunalpolitiker hinsichtlich des Ausbaus erneuerbarer Energien nicht wirklich einschätzen können. Darauf deutet auch der relativ hohe Anteil an „weiß nicht“ Antworten hin (14 Prozent).

Die Zufriedenheit ist in Brandenburg (26 Prozent „sehr zufrieden“ oder „zufrieden“) sowie in Rheinland-Pfalz, Mecklenburg Vorpommern und Bremen (jeweils 25 Prozent) leicht überdurchschnittlich. Verhältnismäßig große Unzufriedenheit herrscht in Hamburg, im Saarland sowie in Nordrhein-Westfalen (jeweils zwölf Prozent „sehr unzufrieden“).

Konsistent zu diesen Ergebnissen spricht sich eine große Mehrheit für ein verstärktes Engagement der Landes- und Kommunalpolitik für die erneuerbaren Energien aus – je nach Bundesland sind dies zwischen 76 und 85 Prozent.

▪ Zufriedenheit mit Landes- und Kommunalpolitik beim Ausbau von erneuerbaren Energien

Mit dem Engagement der Landes- und Kommunalpolitiker in Bezug auf den Ausbau erneuerbarer Energien sind... *)

	sehr zufrieden	sehr zufrieden/ zufrieden	teils teils	weniger zufrieden	sehr unzufrieden
	%	%	%	%	%
insgesamt	2	19	41	18	8
Hamburg	4	19	38	20	12
Rheinland Pfalz	4	25	43	14	7
Bremen	4	25	41	19	3
Niedersachsen	3	21	37	24	7
Baden Württemberg	3	20	40	22	6
Bayern	3	21	44	18	5
Saarland	3	19	36	23	12
Brandenburg	3	26	45	7	6
Meckl. Vorpommern	3	25	40	16	5
Sachsen Anhalt	3	22	38	15	5
Schl. Holstein	2	22	41	18	6
Hessen	2	21	41	18	10
Sachsen	2	17	38	18	6
Thüringen	2	19	46	14	4
NRW	1	15	42	17	12
Berlin	-	8	41	24	8

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

▪ Engagement der Landes- und Kommunalpolitiker in Bezug auf erneuerbare Energien

Von Landes- und Kommunalpolitikern erwarten... *)

	verstärktes Engagement	bisheriges Engagement gerade richtig	geringeres Engagement
	%	%	%
insgesamt	81	7	4
Hessen	85	6	3
Saarland	83	7	6
Berlin	83	5	4
Hamburg	82	8	4
Niedersachsen	82	6	6
Bayern	82	7	5
Thüringen	82	7	3
NRW	81	5	4
Baden Württemberg	80	10	3
Schl. Holstein	80	10	4
Rheinland Pfalz	80	8	4
Meckl. Vorpommern	78	9	5
Sachsen	77	10	4
Sachsen Anhalt	77	6	5
Brandenburg	76	9	5
Bremen	76	11	7

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

8. Beurteilung der Idee von „Bürgerkraftwerken“ und Bereitschaft zu Investitionen

Die Idee eines Bürgerkraftwerkes, also einer Energie-Anlage wie einem Wind- oder Solarkraftwerk, an dem sich Bürger aus der Umgebung finanziell beteiligen können und im Gegenzug eine garantierte Verzinsung erhalten, wird von den Befragten überwiegend positiv aufgenommen.

Bundesweit beurteilen gut sechs von zehn Befragten diese Idee als sehr gut oder gut. Berücksichtigt man nur diejenigen Bürger, die über diese Idee mit „sehr gut“ urteilen (bundesweit 20 Prozent), so zeigen sich in Schleswig-Holstein (28 Prozent), Bayern (26 Prozent) sowie Baden-Württemberg (25 Prozent) überdurchschnittliche Urteile – am wenigsten Zustimmung finden Bürgerkraftwerke in Mecklenburg-Vorpommern und in Sachsen-Anhalt.

Selbst in ein solches Projekt investieren würden nach eigenem Bekunden bundesweit 31 Prozent, etwa ebenso viele könnten sich dies grundsätzlich vorstellen. Insgesamt 38 Prozent würden eher nicht oder gar nicht in ein Bürgerkraftwerk investieren. In Baden-Württemberg ist der Anteil derjenigen, die sich eine solche Investition gut vorstellen könnten, am höchsten, in Sachsen am geringsten.

▪ **Beurteilung der Idee „Bürgerkraftwerke“**

Die Idee der sogenannten Bürgerkraftwerke finden... *)

	sehr gut	sehr gut/ gut	teils teils	weniger gut	überhaupt nicht gut
	<u>%</u>	<u>%</u>	<u>%</u>	<u>%</u>	<u>%</u>
insgesamt	20	61	20	8	6
Schl. Holstein	28	66	19	7	4
Bayern	26	66	20	7	4
Baden Württemberg	25	65	19	7	3
Hessen	22	67	17	7	3
Rheinland Pfalz	22	65	18	8	4
Berlin	22	61	19	5	9
Hamburg	20	62	20	7	6
Bremen	19	59	22	6	9
Saarland	18	59	23	7	6
Brandenburg	18	54	20	11	10
Niedersachsen	17	61	20	7	8
NRW	17	56	21	9	8
Sachsen Anhalt	16	54	19	12	10
Meckl. Vorpommern	13	48	21	13	14
Thüringen	14	55	23	10	5
Sachsen	12	55	20	10	9

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

▪ Investitionsbereitschaft „Bürgerkraftwerke“

Es könnten sich vorstellen, einen Teil Ihres Geldes
in ein Bürgerkraftwerk zu investieren... *)

	ja	ja/ eher ja	eher nein	nein	tue ich bereits
	<u>%</u>	<u>%</u>	<u>%</u>	<u>%</u>	<u>%</u>
insgesamt	31	58	14	24	1
Baden Württemberg	38	63	11	18	1
Schl. Holstein	35	63	13	20	-
Hessen	35	65	13	18	1
Rheinland Pfalz	34	58	11	25	-
Bayern	34	63	15	19	2
Niedersachsen	30	59	13	23	1
Berlin	30	57	10	29	-
Hamburg	29	59	10	25	1
Bremen	31	57	12	27	1
NRW	28	52	17	26	-
Saarland	28	54	12	28	-
Sachsen Anhalt	26	46	12	37	-
Brandenburg	24	49	11	37	-
Meckl. Vorpommern	22	48	10	37	-
Thüringen	21	50	13	30	-
Sachsen	20	48	17	29	1

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

9. Bekanntheit und Einstellungen zu externen Kosten bei der Energieerzeugung

68 Prozent der Befragten geben an, gewusst zu haben, dass die Nutzung herkömmlicher Energieträger wie Kohle, Gas oder Atomkraft zusätzliche Kosten verursacht, die bisher von der Allgemeinheit getragen werden. Bei 30 Prozent der Bundesbürger war dieser Umstand dagegen bislang nicht bekannt. Das Wissen über diese sogenannten externen Kosten ist in den einzelnen Bundesländern recht unterschiedlich (höchste Bekanntheit in Berlin und Hamburg mit je 75 Prozent; niedrigste Bekanntheit in Sachsen mit 57 Prozent).

Neben der Bekanntheit wurden auch die Zustimmung zu einigen Aussagen zum Thema externe Kosten abgefragt. Am häufigsten wird hier Aspekten zugestimmt, welche die Transparenz externer Kosten verbessern sollen, z. B., dass die Bundesregierung diese Kosten regelmäßig berechnen und veröffentlichen sollte, sowie dass externe Kosten als Zusatzinformation auf der Strom- oder Heizkostenabrechnung mit angegeben werden sollten. Auch sind die Bundesbürger überwiegend der Meinung, dass beim Vergleich der Energiepreise aus verschiedenen Energiequellen die externen Kosten mit berücksichtigt werden sollten. Bei diesen drei Aspekten gibt es teils relativ deutliche Unterschiede zwischen den Bundesländern – insgesamt ist die Zustimmungstendenz im Osten deutlich geringer.

Der Aussagen, dass die Betreiber herkömmlicher Kraftwerke diese Kosten tragen sollten, stimmen bundesweit 56 Prozent der Befragten voll und ganz zu, 17 Prozent lehnen dies hingegen (eher) ab. Die Unterschiede zwischen den Bundesländern sind bei diesem Einzelaspekt verhältnismäßig gering (Werte für „stimme voll und ganz zu“ zwischen 53 und 61 Prozent).

▪ Externe Kosten bei der Nutzung herkömmlicher Energieträger

Es ist bewusst, dass bei der
herkömmlichen Energieerzeugung
externe Kosten entstehen... *)

	ja %	nein %
insgesamt	68	30
Berlin	75	23
Hamburg	75	23
Hessen	74	24
Niedersachsen	70	27
Rheinland Pfalz	70	27
Thüringen	70	28
Bayern	69	29
Schl. Holstein	68	30
Baden Württemberg	67	30
Brandenburg	66	31
Meckl. Vorpommern	66	32
Bremen	66	33
Saarland	65	34
Sachsen Anhalt	65	32
NRW	64	33
Sachsen	57	39

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

▪ Einstellungen zum Thema „externe Kosten“

Externe Kosten sollten beim Vergleich der Energiepreise aus verschiedenen Quellen berücksichtigt werden... *)

	voll und ganz	voll und ganz/ eher	eher nicht	überhaupt nicht
	%	%	%	%
insgesamt	60	82	9	3
Hamburg	68	88	5	3
Bayern	66	84	9	3
Niedersachsen	65	83	9	3
Saarland	64	84	8	3
Bremen	65	85	7	3
Schl. Holstein	62	83	9	4
Rheinland Pfalz	62	85	7	2
Hessen	59	83	8	3
NRW	58	81	10	3
Sachsen	58	81	11	2
Baden Württemberg	57	82	8	4
Sachsen Anhalt	57	78	9	6
Berlin	56	85	7	3
Brandenburg	55	76	11	6
Thüringen	54	79	11	3
Meckl. Vorpommern	53	77	12	6

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

▪ Einstellungen zum Thema „externe Kosten“

Bundesregierung sollte die externen Kosten
regelmäßig berechnen und veröffentlichen... *)

	voll und ganz %	voll und ganz/ eher %	eher nicht %	überhaupt nicht %
insgesamt	75	89	5	2
Saarland	82	94	3	2
Meckl. Vorpommern	81	92	3	2
Rheinland Pfalz	80	94	2	1
Hessen	79	93	3	1
Schl. Holstein	77	92	4	1
Berlin	77	92	3	1
Bremen	76	92	4	1
Brandenburg	76	91	3	2
Hamburg	75	91	3	2
Bayern	75	90	5	2
Niedersachsen	74	90	3	2
Baden Württemberg	74	88	6	2
Sachsen Anhalt	74	91	4	2
NRW	72	85	7	3
Thüringen	71	89	5	1
Sachsen	67	89	5	2

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

▪ Einstellungen zum Thema „externe Kosten“

Auf Stromrechnung, Heizkostenabrechnung usw. sollten externe Kosten als Zusatzinformation mit angegeben werden...

*)

	voll und ganz <hr/> %	voll und ganz/ eher <hr/> %	eher nicht <hr/> %	überhaupt nicht <hr/> %
insgesamt	69	86	6	4
Berlin	76	88	4	5
Hamburg	74	89	6	3
Hessen	74	89	6	3
Meckl. Vorpommern	73	86	9	2
Bayern	72	89	5	2
Saarland	72	90	4	4
Bremen	72	89	6	2
Niedersachsen	71	83	7	5
Rheinland Pfalz	71	89	6	1
Schl. Holstein	68	86	7	4
NRW	67	87	5	4
Baden Württemberg	67	84	6	5
Sachsen Anhalt	67	84	7	6
Brandenburg	66	82	7	7
Sachsen	66	83	9	3
Thüringen	63	83	9	4

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

▪ Einstellungen zum Thema „externe Kosten“

Externe Kosten sollten von den Betreibern
getragen werden und nicht vom Staat... *)

	voll und ganz %	voll und ganz/ eher %	eher nicht %	überhaupt nicht %
insgesamt	56	76	13	4
Niedersachsen	61	78	9	6
Hessen	59	80	10	4
Rheinland Pfalz	59	79	12	3
NRW	58	76	12	4
Saarland	58	78	14	3
Bremen	57	78	12	4
Hamburg	57	77	13	3
Schl. Holstein	56	76	12	5
Berlin	56	82	8	3
Brandenburg	56	73	15	5
Thüringen	56	75	15	3
Bayern	55	76	15	4
Meckl. Vorpommern	54	71	19	2
Baden Württemberg	53	74	16	3
Sachsen	53	74	13	4
Sachsen Anhalt	53	71	15	5

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“